

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2025 Stadtkämmerer G. Ochs

5 vor 12

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Salomo,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland kommt nicht aus der Rezession. Als letztes und einziges Land in Europa wird 2024 ein negatives Wirtschaftswachstum von - 0,2 % prognostiziert. 2025 prognostiziert die Bundesregierung laut Herbstprojektion ein Wachstum von gerade so 1,1 %, 2026 soll ein Wachstum von 1,6 % eintreffen. Unter den größten Industrienationen weltweit ist dies der letzte Platz.

Das Wachstum in 2025 soll erreicht werden durch Erhöhung von Investitionsanreizen, Anreize für längeres Arbeiten von älteren Arbeitnehmern, Bürokratieabbau, Senkung der Stromsteuer für produzierende Unternehmen, Verlängerung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen. Die derzeitige Inflationsrate beträgt 1,6 %, was bedeutet, dass bei einer solchen Inflationsrate kein Wachstum stattfinden kann – höchstens Gleichstand in 2026. Deutschland belegt nach wie vor den letzten Platz der führenden Industrieländer beim Wirtschaftswachstum.

Die Inflation hat sich durch die letzten rückläufigen Zinsschritte der EZB zwar wieder auf ein erträgliches Maß abgeschwächt, allerdings gibt es einfach keine positiven Konjunkturimpulse für unser Land. Dies schlägt auf die Kommunen voll durch, flächendeckend stagnieren Steuereinnahmen bei zusätzlichen Aufgaben. Letztes Jahr habe ich die kommunale Wärmeplanung genannt. Diese wurde zwar beschlossen, allerdings ist fraglich, wie die geschätzte 1 Mrd. Euro allein für Heidenheim aufzubringen sind. Wie hoch der kommunale Anteil sein wird und wie er finanziert werden soll, ist offen. Auch gibt es bei der Flüchtlingsituation immer noch keine Entspannung. Eine gewisse Überforderung, sowohl finanziell und personell, ist vermehrt festzustellen, nicht nur in Heidenheim.

Die Baden-Württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise prangern diese Zustände seit Jahren an. Die Kapazitäten zur Unterbringung neigen sich dem Ende, vernünftige Konzeptionen zur Verbesserung scheitern an fehlenden Alternativen und Personal; Beschäftigte in den Ausländerämtern und im Integrationsmanagement arbeiten nach wie vor über dem Anschlag und die Zuwendungen vom Land hierfür werden weniger und weniger. Der Landkreis Heidenheim springt zwar zum Teil für die kreisangehörigen Kommunen ein, allerdings auf Kosten der Kreisumlage, die von allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden bezahlt wird. Im Endeffekt stehlen sich Land und Bund aus der Verantwortung bei diesem Thema. Auch beim Thema Orientierungsdaten erhalten die Kommunen für eine verlässliche Haushaltsplanung wieder keine verlässlichen Signale. Wo früher im Juli die Daten für die kommenden Jahre veröffentlicht wurden, müssen wir leider zum wiederholten Male feststellen, dass wir bis heute immer noch keine Daten vom Finanzministerium erhalten haben.

Die wirtschaftlichen Eckdaten und Rahmenbedingungen haben sich mehr und mehr verschlechtert. Angefangen hat es mit einbrechenden Wohnungsbauzahlen, inzwischen werden ganze Industriezweige geschlossen oder ins Ausland verlagert, von der Auto- über chemische Industrie bis zu den Maschinenbauern, die gerade bei uns in Baden-Württemberg von einigem Gewicht sind. Herausforderungen wie der Umstieg auf CO₂-freie Wärmetechnik, quasi die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, ist in der Finanzplanung noch nicht enthalten. Enttäuschend ist, dass der Gesetzgeber für Städte und Gemeinden immer noch keine Fördermöglichkeiten für den Umstieg vorsieht.

So werden auf unsere Energieversorger enorme Herausforderungen zukommen.

Die Haushaltssituation 2025 in Heidenheim liegt ebenfalls weiterhin im roten Bereich. Wir investieren hauptsächlich bei den begonnenen Maßnahmen weiter im enger werdenden Rahmen und stärken gerade jetzt antizyklisch die wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge. Daher weist der Haushalt wieder äußerst respektable Investitionen aus. Allerdings kommen wir trotz der Steuererhöhungen in 2024 nicht dazu, die Investitionen mit positiven Ergebnissen aus dem laufenden Haushalt anteilig zu finanzieren. Ich komme später darauf zurück, woran dies liegt.

Unsere noch gute Liquiditätssituation verbessert sich dank höherer Gewerbesteuererträge in 2024 nochmals. Dies stellt angesichts der Situation und prognostizierten Entwicklungen eine vorübergehende Entspannung dar, darf aber bei weitem nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Stadt unserer Größenordnung hier immer noch sehr unterdurchschnittlich ausgestattet ist. Hauptursache für die verbesserte Liquidität ist auch ein verzögerter Mittelabfluss bei den größeren Investitionen.

Wir mussten bei den Mittelanmeldungen für 2025 wieder Anmeldungen von den Fachbereichen konsequent herunternehmen, um ein ansatzweise genehmigungsfähiges Zahlenwerk zu erhalten. Im Grunde genommen wird der Haushaltsentwurf nur durch die gute Liquidität gerettet, nicht aber von den Zahlen im Ergebnishaushalt, den erforderlichen Liquiditätsentnahmen und erst recht den Kreditaufnahmen. Im Haushaltsplanentwurf sind daher überwiegend begonnene Investitionen bei den Pflichtaufgaben enthalten. Investitionen im freiwilligen Aufgabenbereich sind angesichts der Lage dennoch vertreten. Einige andere dringende Investitionen konnten dagegen nicht in die Finanzplanung aufgenommen werden – ich nenne den Neubau der Städtischen Betriebe und angesichts steigender Kinderzahlen einen weiteren Kindergarten in Schnaitheim, bei dem allerdings auch die Standortfrage noch ungeklärt ist.

Die letztes Jahr prognostizierte Gewerbesteuererholung ist glücklicherweise deutlich höher als erwartet ausgefallen. Dennoch ist das derzeitige Gewerbesteuerniveau noch immer für eine Stadt unserer Größe und Ausrichtung zu niedrig. Auch sind wir nach wie vor beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im landesweiten Vergleich unterdurchschnittlich unterwegs. Wir empfehlen dennoch keine weitere Hebesatzerhöhung bei der Gewerbesteuer nach der Erhöhung zum 01.01.2024. Wir veranschlagen in 2025 auch ohne Hebesatzerhöhung 6,5 Mio. Euro zusätzlich im Vergleich zur Finanzplanung 2024 aufgrund des insgesamt höheren Niveaus. Der Ansatz wird damit bei 35 Mio. Euro liegen.

Bei der Grundsteuer werden wir darauf achten, dass das Aufkommen so hoch wie das bereinigte derzeitige Niveau liegt. Wegen einem niedrigeren Gesamtbetrag bei den Grundsteuermessbeträgen nach der Grundsteuerreform als vor der Reform wird allerdings der Hebesatz bei der Grundsteuer B erhöht werden müssen, um das Aufkommen bei dieser Steuerart zu halten. Die Grundsteuerreform zum 01.01.2025 wird allerdings zu starken Verschiebungen führen, abhängig von der jeweiligen Grundstückssituation. Bei der Reform nach dem baden-württembergischen Modell wird lediglich auf den reinen Bodenrichtwert und die Grundstücksgröße Bezug genommen - die Bebauung eines Grundstücks und deren Wert wird bei der Bemessung vollkommen außen vor gelassen. Diese Reform wird sicherlich noch zu viel Gesprächsstoff und womöglich auch zu juristischen Auseinandersetzungen führen, sobald die Bescheide verschickt sind. Wären die Einheitswerte von 1964 von den zuständigen Behörden fortgeschrieben worden, hätte es einer Reform wie dieser erst gar nicht gebraucht.

Da weitere Ertragserhöhungen bei den Steuern angesichts unserer Lage zwar geboten, aber zum derzeitigen Zeitpunkt nicht vertretbar sind, schlagen wir für das Haushaltsjahr 2025 bis auf die Sondersituation bei der Grundsteuer B wegen der Reform keine Erhöhungen der Hebesätze vor. Die Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B ist, wie vorhin dargestellt, durch die Reform systemimmanent und führt nicht zu zusätzlichen Grundsteuererträgen für die Stadt. Auch in der Finanzplanung haben wir keine Erhöhungen des Hebesatzes bei der Grundsteuer B veranschlagt.

Verhältnis Bund – Land – Kommunen

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2025 mit einem Volumen von 488,6 Mrd. Euro ist von der schwachen Konjunktur, hohen Sozialaufwendungen (36,7 %) und der Schuldenbremse geprägt. Spielräume ergeben sich nur, falls es zu einem höheren Wirtschaftswachstum kommt.

Der Haushalt beinhaltet außerdem eine sogenannte Wachstumsinitiative, mit der die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, mehr Arbeitsanreize geschaffen werden sollen, Bürokratie abgebaut und ein leistungsstarker Finanz- und Energiestandort entstehen soll. Für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum sind 20 Mrd. Euro enthalten.

An Investitionen sind für den Bund beachtliche 78 Mrd. Euro vorgesehen, insbesondere in Straßen- und Schieneninfrastruktur sowohl in digitale Infrastruktur. Die Verteidigungsausgaben liegen über 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die Netto-Neuverschuldung für 2025 ist mit 43,8 Mrd. Euro veranschlagt. Die Schuldenbremse wird eingehalten.

Der Doppelhaushalt 2025/2026 des Landes Baden-Württemberg wird laut Beschluss des Ministerrats vom 17.09.2024 ein Volumen von 136 Mrd. Euro aufweisen. Ein Drittel davon sind Personalausgaben. Schwerpunkte liegen auf Bildung, Innerer Sicherheit und Innovationen. Die Mittel für bezahlbaren Wohnungsbau werden nochmals aufgestockt.

Die Entlastungsallianz der Kommunalen Landesverbände, des Landes und der Wirtschafts- und Finanzverbände vom 13.07.23 hat ihre Ziele noch nicht erreicht. Nach wie vor haben wir eine überbordende Bürokratie, zu viele ineffiziente Verfahren und zu viele von Bund und Land zugewiesene Aufgaben mit Deckungslücke.

Konkret finanzieren die Kommunen bei der Ganztagsbetreuung an Schulen in den nächsten 5-6 Jahren eine Mrd. Euro vor, bevor das Land in sechs Jahren die Förderlücke schließt. Allein dies ist angesichts der Reden und Programme der zuständigen Politiker im Bildungsbereich schon erstaunlich. Die Kommunen fordern vom Land die Durchleitung von 227 Mio. Euro Bundesmittel für die Unterbringung von Flüchtlingen – vom Land wird die Hälfte in 2025 und 2026 vorgeschlagen, was für die Kommunen einen nicht haltbaren Zustand bedeutet. Auch für ein Notfallprogramm von 900 Mio. Euro bei den landesweiten Klinikdefiziten kommt das Land lediglich mit 150 Mio. Euro in 2024 entgegen – in 2025 ist dieser Punkt noch offen.

Die Verlagerung von Aufgabendefiziten auf die kommunale Seite wird mehr und mehr zum Programm des Landes, was die Haushalte der Kommunen vor fast unlösbare Aufgaben stellt. Von einer Partnerschaft zur Lösung der dringendsten Themen zwischen Land und Kommunen kann meines Erachtens nicht mehr gesprochen werden. Im Gegenteil - die Konflikte werden von Seiten des Landes mehr und mehr verzögert, die kommunale Seite anscheinend nicht ernst genug genommen, was unnötige Zuspitzungen zur Folge hat.

Wir warten nun gespannt auf die Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung und die Orientierungsdaten 2025.

Rückblick auf das Haushaltsjahr 2024

In 2024 haben wir einen Nachtrag beschlossen. Die Haushaltssituation 2024 hat sich durch höhere Gewerbesteuererträge deutlich verbessert. Die Mehrerträge werden allerdings für Mehraufwendungen bei den Investitionen benötigt, Überschüsse in die Liquidität eingebracht. Da die Gewerbesteuer eine stark schwankende Ertragsposition ist, bleibt abzuwarten, was am Ende des Jahres feststeht. Zumindest das Problem, einen negativen Ergebnishaushalt zu haben, besteht in 2025 fort und wird auch die Haushalte der kommenden Jahre prägen.

Haushalt 2025

1. Ergebnishaushalt

Die Gesamterträge im Ergebnishaushalt liegen bei 191,08 Mio. Euro, die Aufwendungen bei 196 Mio. Euro. Das ordentliche Ergebnis ist also wieder negativ – es liegt bei – 4,92 Mio. Euro.

Der Aufwand für Abschreibungen ist hier mit 12,34 Mio. Euro enthalten, ebenfalls die Auflösung von Zuschüssen mit 3,27 Mio. Euro. Die Abschreibungen, gleichbedeutend für den Ressourcenverbrauch unseres Anlagevermögens, können nicht aus dem Laufenden erwirtschaftet werden – wir leben nach wie vor von der Substanz und von der Liquidität, die wir angesichts langsamer abfließender Mittel im Finanzhaushalt vor uns herschieben. Unsere Haushaltswirtschaft ist erst recht nicht in der Lage, aus der laufenden Tätigkeit einen Überschuss für die notwendigen Investitionen und den Aufbau von Liquidität zum Ende des Finanzplanungszeitraums zu erwirtschaften – seit Jahren das bekannte Alarmsignal, weshalb es u.a. die Haushaltsklausurberatung Anfang Juni 2023 gab. Hier wurden zwar Ertragssteigerungen beschlossen, allerdings noch keine Kürzungen bei den Aufwendungen. Hierzu sind wir angesichts der Haushaltssituation verpflichtet, was sich auch im Haushaltserlassen für den Haushalt und den Nachtrag 2024 klar ablesen lässt. Dies nicht, um den Erlassen gerecht zu werden, sondern vor allen Dingen, um die Finanzen der Stadt mittel- und langfristig zu sichern. Die Gewerbesteuer wird auf Basis des höheren Niveaus von 2024 auch ohne Erhöhung des Hebesatzes mit 35 Mio. Euro veranschlagt, also 7,5 Mio. Euro mehr als 2024. Sie liegt damit wieder höher als der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 32,15 Mio. Euro und ist die nach den Schlüsselzuweisungen mit 38 Mio. Euro die zweitwichtigste Ertragsquelle für die Stadt. Wegen der momentanen Konjunktursituation mit Auswirkungen auf die vor Ort tätigen Unternehmen sowie den negativen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist sie vorsichtig veranschlagt. Der Wert ist angesichts der Größe und den Aufgaben einer Industriestadt wie Heidenheim dennoch zu niedrig. Ändert sich weiterhin nicht grundlegend etwas an unserer zu niedrigen Ertrags- und zu hohen Aufwandsseite, wird die Verschuldung der Stadt in Bereiche kommen, die eine Genehmigungsfähigkeit des Haushalts an den Rand von Auflagenerteilungen führen.

Wichtigste Erträge sind die Steuereinnahmen und ähnliche Abgaben. Sie liegen in 2025 bei 86,9 Mio. Euro. Das sind zwar 7,2 Mio. Euro mehr als im Nachtrag 2024, aber immer noch Mio. Euro deutlich weniger als in mittelfristigen Finanzplanungen früherer Jahre angenommen. Bei der Vergnügungssteuer sind 1,6 Mio. Euro veranschlagt.

Der Einkommensteueranteil liegt mit 2,4 Mio. Euro höher als der Nachtragswert von 2024. Den Umsatzsteueranteil können wir mit 5,8 Mio. Euro veranschlagen, was 136.000 Euro über dem Wert von 2024 ist.

Bei der Kreisumlage rechnen wir mit einem Hebesatz von 37,5 % und veranschlagen 33,44 Mio. Euro. Wir müssen bei dieser Position nochmals 2,66 Mio. Euro mehr als noch 2024 einplanen. Gegenüber 2023 sind es nun 4,6 Mio. Euro mehr, innerhalb von 2 Jahren also eine Steigerung von 16 %! Nach den Personalaufwendungen ist die Kreisumlage unsere größte Kostenposition im laufenden Betrieb. Die Finanzausgleichsumlage liegt in 2025 bei 19,7 Mio. Euro und damit wieder unter 20 Mio. Euro. Die Steigerung bei der Kreisumlage ist höher als das negative ordentliche Ergebnis – solche Steigerungen sind mit unserer Kosten- und Ertragsstruktur unvereinbar. Die Steigerungen bei der Kreisumlage waren zwar bei der Einbringung des Haushalts 2024 absehbar, kommen in dieser Höhe dann aber doch sehr heftig! Für die Stadt Heidenheim ist es daher sehr wichtig, dass die Klinikdefizite eingedämmt werden und der Landkreis von Bund und Land entsprechend ausgestattet wird, sowohl beim eingangs erwähnten Nothilfepaket für die Kliniken als auch bei Aufgaben wie der Eingliederungshilfe, bei der zu viel Aufwand bei den Landkreisen hängen bleibt und über die Kreisumlage den kreisangehörigen Städten und Gemeinden aufgebürdet wird. Bereits in 2026 wird die Umlage nach unseren Berechnungen auf über 40 Mio. Euro für die Stadt ansteigen.

Die Schlüsselzuweisungen liegen bei 38,1 Mio. Euro. Wegen unserer Ertragsschwäche ist wieder eine Sockelgaranziezuweisung von 2,21 Mio. Euro enthalten.

Insgesamt sind die Schlüsselzuweisungen um 2,5 Mio. Euro niedriger als 2024, was ein Ergebnis aus der besseren Steuerkraft aus dem Jahr 2023 ist. In der Finanzplanung können wir nach derzeitigem Stand in 2026 nur noch 25,85 Mio. Euro veranschlagen, weil die positive Steuerkraft aus 2024 dann zu Grunde gelegt wird.

Bei der Ertragssituation haben wir also nach wie vor ein unzureichendes und unbefriedigendes Ergebnis. Steigende hohe Umlagen wie die Kreisumlage können insgesamt nicht aufgefangen werden.

Der Personalaufwand liegt bei beachtlichen 58,47 Mio. Euro, was 1,1 Mio. Euro mehr als noch 2024 sind, also eine Steigerung von 1,8 %. Haupttreiber sind hier die Folgen von Stellenmehrungen aufgrund von Aufgabenzuwächsen. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass hier 1,9 Mio. Euro an verauslagten Personalkosten für Dritte enthalten sind, die erstattet werden. Wären alle Stellenanträge berücksichtigt worden, läge der Wert nochmals höher. Wir müssen einerseits vor dem Hintergrund von knappem Personal ein attraktives Gehaltsniveau bieten und andererseits die stark ansteigenden Personalkosten eindämmen. Auch ist unbedingt auf das Stellengefüge zu achten.

Gas- und Strompreise steigen weiter auf hohem Niveau – wir haben hier eine laufende zusätzliche Belastung von immer noch 1,7 Mio. Euro jährlich verglichen mit dem Niveau vor dem Ukraine-Krieg. Die Reinigungskosten liegen um 740.000 Euro über dem Niveau von 2021, also vor der Corona-Krise, was eine Steigerung von 44,5 % entspricht – pro Jahr also fast 9%!

Die meisten finanziellen Ressourcen werden im Teilhaushalt Familie, Bildung und Sport mit einem Nettoressourcenverbrauch von nun 36,37 Mio. Euro (dieses Jahr sind es 34 Mio. Euro) benötigt, gefolgt vom Baubereich mit 12,13 Mio. Euro und dem Bürgerservice mit 8,7 Mio. Euro. Die Kultur benötigt 7,37 Mio. Euro.

Wie oben dargelegt, liegen wir angesichts dieser hohen Belastungen über den finanziellen Möglichkeiten, und dies seit Jahren. Selbst die letzten Steuererhöhungen reichen nicht aus, um wenigstens ein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis zu erreichen. Wir werden daher nächstes Jahr eine Haushaltskonsolidierung vornehmen müssen, die auch auf der Aufwandseite Einsparungen zum Ergebnis haben muss!

Denn wir erfüllen viele freiwillige Aufgaben mit hohem Ressourcenverbrauch, wie vorhin erläutert. Dies auf einem hohen Niveau mit überdurchschnittlichen Standards. Auch bei den Pflichtaufgaben sind unsere Standards überdurchschnittlich. Angesichts der Daten dieses Haushaltsentwurfs müssen wir weiter daran arbeiten, eine Aufgabenkritik tatsächlich anzugehen und nicht nur anzudiskutieren. Auch müssen wir uns vergegenwärtigen, dass selbst wenn genug Geld vorhanden wäre, wir wegen des sich verstärkenden Personalmangels vermehrt keine neuen Aufgaben angehen können. Gebührenerhöhungen sind neben den Steuererhöhungen ebenfalls im rechtlichen Rahmen auszuschöpfen. Gebührenfreiheit für hoch defizitäre Bereiche wie die Kindertagesstätten können wir uns bei den aktuellen rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen schlicht nicht leisten.

2. Finanzhaushalt

Wir investieren 64,3 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2025.

Die größten Investitionen sind folgende; manche werden uns auch mehrere Jahre beschäftigen:

- Gebäudesanierung des Rathauses: 9 Mio. Euro
- Abdichtung Rathaustiefgarage mit 1,5 Mio. Euro
- Allgemeiner Grunderwerb: 1,62 Mio. Euro
- Elmar-Doch-Haus mit 1,2 Mio. Euro
- Abbruch des Parkhauses beim Bahnhof mit 800.000 Euro
- Sanierung der Rauhbuchschule mit 600.000 Euro
- Gemeinschaftsschule am Brenzpark: 300.000 Euro Planungskosten für Schulerweiterung und Dreifeld-Schulsporthalle
- Neubau des Kinderhauses Mittelrain u. Sanierung Ganztagesbetrieb Mitterainschule inkl. Turnhalle mit 1,8 Mio. Euro
- Jugendhaus Mittelrain: 700.000 Euro
- Erweiterung Kindergarten Hölderlinstraße mit 1 Mio. Euro
- Kindertageseinrichtung am Klinikum mit 3,4 Mio. Euro
- Sanierung bei der Grundschule Großkuchen mit 500.000 Euro
- Sanierung der Karl-Rau-Halle mit 4,8 Mio. Euro
- Förderung einer Sportakrobathalle des SV Mergelstetten mit 255.000 Euro
- 1,5 Mio. Euro Zuschuss an Land für den Neubau der DHBW
- Stärkung der Städtischen Wohnungsbau GmbH mit 2,6 Mio. Euro in die Kapitalrücklage
- Baumaßnahmen in Sanierungsgebieten „Oststadt“, „Innenstadt/Rathaus“ und „Hagen“ mit 3,2 Mio. Euro
- Kanalbau für die Erschließung des Gewerbegebiets Bohnäcker mit 900.000 Euro sowie Oberflächenentwässerung mit 1 Mio. Euro
- Michael-Rogowski-Platz mit 200.000 Euro
- Erschließungsarbeiten Talhofstraße 850.000 Euro Straße + 460.000 Euro Kanal
- Optimierung der Stickstoffelimination auf der Kläranlage Mergelstetten mit 13,5 Mio. Euro

Beim Breitbandausbau erübrigt sich ein Einstieg in neue Förderprogramme, wenn der privatwirtschaftlich tätige Kooperationspartner endlich im Stadtgebiet mit dem Ausbau beginnt.

Insgesamt gehen unsere Investitionen deutlich über den Substanzerhalt hinaus. Allein die Bauinvestitionen kommen auf 49,8 Mio. Euro.

Die größten Beträge gehen mit 22,2 Mio. Euro in den Teilhaushalt Bauen, hier hauptsächlich durch die Investitionen in die Kläranlage begründet. Der Teilhaushalt Familie, Bildung und Sport ist mit 15,1 Mio. Euro vertreten, darunter der Jugendtreff für 1,9 Mio. Euro auf dem Mittelrain, wovon 700.000 Euro in 2025 veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigungen erreichen einen Wert von 47,35 Mio. Euro; die Investitionen in der Finanzplanung sind also größtenteils bereits vorgegeben.

Die Netto-Kreditaufnahme 2025 liegt bei 25,4 Mio. Euro. Das Umfeld für zusätzliche Darlehensaufnahmen ist nach den letzten Zinssenkungen der EZB wieder etwas besser geworden, aber kein Vergleich zur Nullzinsphase. Die Darlehen werden für Investitionen in gebührenfinanzierte Aufgabenbereiche verwendet. Durch die zusätzliche Darlehensaufnahme in 2025 rechnen wir mit einer Zinsbelastung von insgesamt 2 Mio. Euro.

Der Liquiditätsabbau von 9,6 Mio. Euro ist daher auch als Folge von unzureichender Deckung aus dem laufenden Ergebnishaushalt und hauptsächlich noch abzuarbeitenden Investitionen aus den Vorjahren zu sehen. Die liquiden Mittel werden am Jahresende dennoch bei voraussichtlich 89,4 Mio. Euro liegen, also 86,3 Mio. Euro über dem Mindestbestand und 18,9 Mio. Euro über dem geplanten Schuldenstand.

3. Mittelfristige Finanzplanung

2026 bis 2028 sind Baumaßnahmen von insgesamt 67,7 Mio. Euro vorgesehen. Die Abschreibungen steigen im Finanzplanungszeitraum auf 15,2 Mio. Euro. Das ist auch noch einmal ein Grund, warum wir mittelfristig höhere Erträge benötigen und laufende Aufwendungen einsparen müssen, da sich das negative Gesamtergebnis in 2028 auf stattliche 17 Mio. Euro beläuft. Besonders herausfordernd wird 2026 mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von 41,6 Mio. Euro!

Grund hierfür ist die Anrechnung der guten Steuerkraft aus 2024 mit hohen Umlagen und wenig Zuweisungen im Jahr 2026, verstärkt durch nochmals höhere Hebesätze bei der Kreisumlage. Die Gewerbesteuer ist im Finanzplanungszeitraum mit 30 Mio. Euro in 2026 und 2027, 2028 mit 35 Mio. Euro veranschlagt. Die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts ist gefährdet bzw. wird mit Auflagen versehen, wenn die hohen laufenden Defizite im Ergebnishaushalt nicht beseitigt werden können. Lediglich die noch gute Liquidität hilft uns über den Finanzplanungszeitraum!

Bei den Investitionen konzentrieren wir uns überwiegend auf die bereits veranschlagten und in der Finanzplanung aufgeführten Maßnahmen. Vorrang haben immer noch Maßnahmen im Pflichtaufgabenbereich - bestenfalls mit einer Förderung; neue Themen können bei der jetzigen Situation nicht in die Planung kommen. Dieses Programm ist auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch anspruchsvoll genug; die Rathaussanierung, das Elmar-Doch-Haus und die Kläranlage binden erhebliche Personalressourcen, ebenfalls die kommende Tiefgaragenabdeckung.

Größter Posten in der mittelfristigen Finanzplanung ist nach wie vor die Sanierung der Sammelkläranlage Mergelstetten mit 17,5 Mio. Euro.

Beim Wohnungsbau werden aus dem Haushalt in 2026 bis 2028 nochmals 1,1 Mio. Euro für die städtische Tochter SGWH zur Stärkung der Kapitalrücklage bereitgestellt, um das notwendige Eigenkapital für Projekte im geförderten Wohnungsbau zu haben. In Bearbeitung sind derzeit drei Projekte, wovon bei einem mit dem Bau begonnen wurde und beim zweiten Vorhaben der Baubeginn absehbar ist.

Für das große Investitionsprogramm wird die Liquidität quasi komplett bis auf den Mindeststand abgebaut! Darüber hinaus sind neue Darlehensaufnahmen notwendig. Es handelt sich um weitere 37,7 Mio. Euro von 2026 bis 2028, überwiegend für den gebührenfinanzierten Abwasserbereich. Die Zinsbelastung liegt Ende 2028 bei voraussichtlich 2,5 Mio. Euro.

Der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2028 erhöht sich durch die neuen Darlehensaufnahmen auf 83,1 Mio. Euro. In den Vorjahren wurden die Kreditermächtigungen nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, so dass die Aufnahmen im Finanzplanungszeitraum überwiegend für rentierliche Aufgabenbereiche vertretbar und geboten sind. Die liquiden Mittel werden am Ende des Finanzplanungszeitraums bei 9,3 Mio. Euro liegen.

Wir liegen damit an der Grenze dessen, was noch vertretbar ist. Unvorhergesehene Verschlechterungen dürfen nicht eintreten. Die erhebliche Unterdeckung im letzten Jahr der Finanzplanung und der minimale Liquiditätsstand knapp über dem Mindeststand ist ein absolutes Alarmzeichen! Konsolidierungsmaßnahmen auch auf der Ausgabenseite sind anzugehen, beispielsweise die Kürzung von Zuschussbudgets.

4. Risiken

Als Risiko Nummer eins sehen wir immer noch schlechten Konjunkturaussichten. Die Industrie sieht mittlerweile leider auch hier in Heidenheim attraktivere Möglichkeiten zur Fertigung und Verlagerung von produktiven Unternehmensbereichen im Ausland. Der immer noch ungewisse Ausgang beim Krieg zwischen Russland und der Ukraine sowie die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten, noch immer einem hohen Stand an Geflüchteten, Fachkräftemangel auch in der Kommunalverwaltung sind Tatsachen. Unsere Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind endlich und die eingeplanten Sonderdividenden aus den Stadtwerke-Aktien sind in 2025 nochmals eingeplant, können angesichts der Herausforderungen vor dem Hintergrund der Wärmewende aber auch nicht dauerhaft eingeplant werden.

Die Hoffnung auf eine Entlastung für Kommunen wird alljährlich wiederholt, ohne dass diese erfüllt werden. Eingangs dieser Rede habe ich über das schlechte Verständnis und die mangelnde Bereitschaft zu Zugeständnissen der aktuellen Landesregierung gegenüber den Kommunen berichtet. Einschränkungen bei der Aufgabenerfüllung sind angesichts dieses Haushaltsentwurfs unvermeidbar, um die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit nicht zu gefährden.

Im Finanzplanungszeitraum haben wir nur maßvolle Steigerungsraten bei den Personal- und Sachaufwendungen zwischen 1 und 3 % eingerechnet. Geringere Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen kommen daher, dass Unterhaltungsmaßnahmen im Gebäudebestand drastisch gekürzt wurden. Die steigenden Energiepreise könnten uns hier noch weiter einschränken, so dass nur das Wesentliche enthalten ist. Prognosen sind angesichts der hohen Auslastung in der Baubranche und derzeitigen allgemeinen Preissteigerung schwierig.

5. Fazit

Die Aufgaben, vor denen wir stehen, müssen mit immer weniger, dafür teurerem Personal, Fachbüros und zurückgehenden finanziellen Mitteln erfüllt werden. Wir laufen an der Grenze der personellen, sachlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit.

Es ist 5 vor 12, um eine nachhaltige und damit generationengerechnete Haushaltswirtschaft zu erreichen. In der Region Ostwürttemberg sind wir dabei nicht alleine. Die Aufwandssteigerungen bei der Kreisumlage, auf die wir wenig bis keinen Einfluss haben, fressen die in den letzten Jahren gewonnenen Ertragssteigerungen mehr als auf, weshalb durch Kürzungen auf der Aufwandseite gegengesteuert werden muss und wir auf die Hoffnung setzen, dass die Klinikdefizite durch eine bessere Gesundheitspolitik aufgefangen werden. Aber das Prinzip Hoffnung war noch nie eine verlässliche Größe. Eine absinkende Liquidität bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums für im Grunde genommen konsumtive Zwecke und Kreditaufnahmen bis zu einem Schuldenstand von 83,1 Mio. Euro in 2028, verbunden mit 2,5 Mio. Euro an jährlich zu zahlenden Zinsen werden uns bevorstehen. Dies alles muss finanziert werden. Zumindest Teile unserer kommunalen Finanzhoheit stehen bei diesen Aussichten auf dem Spiel. In die Situation, dass dann andere die Finanzhoheit uns vorgeben, sollten wir nicht kommen!

Wir müssen davon ausgehen, dass wir von unserer Rechtsaufsichtsbehörde Verschärfungen beim Haushaltsgenehmigungsverfahren bekommen. Wir müssen künftig kritischer unsere Aufgaben hinterfragen, wenn wir von dieser defizitären Ergebnissituation wegkommen wollen. Daher nochmals der dringende Appell wie in den Vorjahren, keinerlei zusätzliche freiwillige und defizitäre Aufgaben zuzulassen und dies auch konsequent durchzuziehen! Bestehende defizitäre freiwillige Aufgaben müssen hinterfragt und bei einer Infragestellung ehrlich auf Nutzen und Folgen überprüft werden. Unseres Erachtens reicht es nicht, zu sagen, dass es negative Folgen geben wird, ohne konkrete Punkte herauszuarbeiten bzw. diese konkret aufzuführen. Alternativ könnten auch Budgetkürzungen angegangen werden. Für uns muss der gesamtgesellschaftliche Nutzen – das Wohl der Allgemeinheit und nicht nur der Nutzen von vermeintlichen Klientelgruppen Vorrang genießen. Die Finanzen müssen einen höheren Stellenwert bekommen.

Insofern schlägt die Stadtkämmerei vor, die im letzten Jahr begonnene Aufgaben- und Standardkritik wieder aufzunehmen.

6. Dank

Unser Dank gilt neben den Dezernenten, Herrn Oberbürgermeister Salomo und Frau Bürgermeisterin Maiwald, all denjenigen, die mit dem Fachbereich 1 mit seinen Kolleginnen und Kollegen konstruktiv, vertrauens- und respektvoll zusammenarbeiten und entscheidend dabei helfen, die Haushaltssituation trotz aller Schwierigkeiten intelligent zu führen und zu leiten. Wir danken für das Vertrauen in unsere Arbeit und in uns.

Bedanken möchte ich mich auch bei denjenigen, die den Fachbereich 1 kritisch und konstruktiv begleiten, unterstützen, motivieren und das ein oder andere Mal auch dazu bewegen, etwas ruhiger und gelassener angesichts der ernsten Situation zu bleiben.

Mein Dank gilt diesmal auch denjenigen, die sich ehrenamtlich seit Jahren oder neu engagieren, sei es in der Vereins-, Jugend-, Flüchtlings- oder Seniorenarbeit. Die Stadt steht finanziell und personell am Rand der Leistungsfähigkeit und wäre dieses Engagement nicht vorhanden, hätten wir deutlich größere Probleme.

Wie jedes Jahr gilt mein besonderer Dank wieder dem Team von Herrn Edelmann und stellvertretend für alle anderen in seinem Geschäftsbereich Frau Wendland.

Wir empfehlen den eingebrachten Haushalt zur Beschlussfassung.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit!